

**Betreff:**

Maßnahmen zum Katastrophenschutzplan (CDU)

**Antragstext:**

**Antrag der CDU-Fraktion:**

Der Ortsbeirat Mitte fordert den Magistrat auf aus dem Katastrophenschutzplan für Starkregenereignisse „Wo in Wiesbaden zuerst evakuiert werden muss“ vorzustellen und zu erläutern

- wie der Ortsbezirk betroffen ist,
- wie die Gefahren durch die jeweiligen Bachläufe u.a. aufgrund ihrer Führung durch Kanäle einzuschätzen sind,
- wie die Gefahren in den einzelnen Straßen eingeschätzt werden,
- wie die Bewohner und Hauseigentümer grundsätzlich und umfassend informiert werden und
- wie die Bewohner und Hauseigentümer Vorsorge treffen können, um ihr Hab und Gut möglichst gut schützen zu können.

Deshalb fordert der Ortsbeirat den Magistrat auf, eine Liste aller geplanter und möglicher Maßnahmen zum Schutz gegen Überschwemmungen und Starkregen vorzulegen und zu jedem Punkt anzufügen wie sie finanziert wird und wann sie wirksam zur Verfügung steht.

Weiterhin wird der Magistrat aufgefordert zu berichten, wie häufig und wie regelmäßig alle Abwasserkanäle im Ortsbezirk frei geräumt werden, so dass keine zusätzliche Gefahr von verstopften Kanäle ausgehen kann.

Außerdem bitten wir darum zu berichten, welche Maßnahmen gegen das alle Jahre immer häufiger zu erwartende Hochwasser durch Starkregen ergriffen wurden, entlang der Bachläufe, die unseren Ortsbezirk bedrohen können, besonders in deren Oberläufen, seit 2014 getroffen wurden und in Kürze aufgrund von Planungen und Maßnahmen des Landes Hessen und des Magistrates ergriffen werden, um die gefährlichen Wassermassen, so weit wie nur irgendwie möglich zu minimieren. um unseren Ortsbezirk schützen zu können.

**Begründung:**

Die in unserem Ortsbezirk in den letzten Jahren und aktuell in diesem Sommer an anderen Stellen erlebten Katastrophen durch immer extremere Starkregenereignisse als eine der Folgen der Klimakatastrophe sollten Grund genug sein, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen solcher Katastrophen für die Menschen in unserem Ortsbezirk zu vermeiden oder zumindest vorläufig so gering wie möglich zu gestalten.

Dazu muss an allen Stellschrauben schnellstmöglich gehandelt werden aber auch alle Betroffenen müssen über jeden Schritt detailliert informiert werden.

Antrag Nr. 21-O-01-0029  
CDU

---